

SOZIALDEMOKRATIE

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle - Bezirk Merseburg

Das Volkblatt erscheint mit Belagen. Es ist Publikations-Organ der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisations- und amtlichen Organ verschiedener Verbände. Schriftleitung: G. Märkerstraße 4, Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24603, 24607, 24608. Betriebliche Druckverteilung mittels von 13 bis 14 Uhr. - Unverlangt eingesandene Manuskripte ist kein Bestandsort zu befragen.

Bezugspreis monatlich 1,50 und 0,30 BZ. Anstellungsgebühr, insgesamt 2,10 BZ., für Abholer wöchentlich 0,40 BZ., Postbezugpreis 2,10 BZ., durch Volkboten kostenfrei 2,10 BZ., bei direkter Einlieferung an den Bestag 2,10 BZ. - Einzelheft 13 BZ., im Auslande 18 BZ., im Fernverkehr der Postämter, Sonntagsheftstelle: G. Märkerstraße 4, Fernr. 24603, 24607, 24608. Postfachkonto 2319 Brest.

Scharfmacher Hugenberg will allein die Arbeitstarife diktiert Abbau des Reichsarbeitsministeriums In Hitlers Reich überflüssig! / Das ist der Kanzler, der alles besser machen wollte!

Sie haben es eilig - die Herren des neuen Kurses. Sie haben es eilig, dem Volk ihr wahres Gesicht zu zeigen. Nach beglückwünscht in so mancher Straße und aus mancher Profetiarerhöhung die Salzkriegsfrage Adolf Hitler zu seinem Erfolg. Er hat's erreicht. Er ist Kanzler. Freudenstein! Nur die „feinen Leute“ wollen von dem Treiben nichts wissen. Sie sind bereits bei der Demastrierung, und sie haben es dabei sehr eilig.

Republik beginnt mit der Zerstörung des Reichsarbeitsministeriums
Am Dienstag hat sich der neue Reichsarbeitsminister, der Stahlheimführer Seidte, seinem Ministerium vorgestellt. Es war eine eigenartige Vorstellung; denn Herr Seidte präsentierte sich als - Totengräber des Reichsarbeitsministeriums. Was hatte er in seinem Begrüßungswort mitzuteilen? Die erste Aufgabe - erstens für die Sozialisten - doch große Teile des Arbeitsgebietes, das bisher vom Reichsarbeitsministerium betreut wurde, dem Reichswirtschaftsministerium angegliedert würde, so vor allem die Abteilung für Arbeitsrecht und Tarifwesen. Und wer regiert im Reichswirtschaftsministerium?

Arbeitsdienstpfligt. In diesem einzigen Wort erschöpfte sich das ganze Sozialprogramm der Stahlheim.
Die Situation ist für die Arbeiterschaft rechtlich klar. Für Hugenberg und seine Deutschnationalen war
das „Gewerkschaftsministerium“, wie sie das Reichsarbeitsministerium nannten und nennen, stets ein Dorn im Auge.
Gegen etwas Fürsorge und etwas Verfolgung, gegen ein paar Almosen für die Kriegsbeschädigten, Kleinrentner und Sozialrentner haben die „feinen Leute“ gewiß nichts. Aber Arbeitsrecht und Tarifwesen - mit einem Wort: Einfluß der Arbeiter auf die Gestaltung ihrer Existenz - unmöglich, unersicht! Sonst was es doch früher nicht! Der Arbeitgeber gibt Lohn und Brot und der Arbeitnehmer hat, mit dem Hut in der Hand, „Danke schön“ zu sagen. Wo soll die Welt hinkommen, wenn an diesen Umständen der sozialen Ordnung gerüttelt wird?

Die Millionen der Schwerindustrie sollen sich jetzt bespaßt machen. Die Jünger brandt sich natürlich hierfür nicht perfidius zu bemerken. Die Erfüllung der Wünsche der Scharfmacher - das wird Hugenberg befohlen.
Die Ruhrkämpfe rufen zu einem Großangriff, und bei diesem Vorstoß der Jugendgewaltigen wird es nicht bleiben. Es werden no soziale sich melden, die sich einbilden, jetzt der Arbeiterschaft den Damm ins Auge drücken zu können. Allen die Gewerkschaften und mit ihnen die politischen Arbeiterorganisationen legen den neuen Gefahren mit Kaltblütigkeit und eiserner Kampfesfähigkeit entgegen. Die Arbeiterbewegung hat schon so manchen Soldat kommen - und fallen lassen. Sie wird das Hitler-Kabinett bestimmi überleben; denn mit ihr kämpft das Rechtsgesetz des Volkes, mit ihr kämpft die Zeit.
Der große Kampf um die Befreiung der Arbeiter muss angedauert, aber nicht unabhüllig gemacht werden. Jeder als fest gebundener Helm, mit denen Herr Seidte, der neue Reichsarbeitsminister, den Arbeitern gedroht hat, ist die Festigkeit der Herzen, die für eine gute Sache, die für die Freiheit kämpfen.

Sozialpolitiker kann gehen Stahlheimminister gegen Staatssekretär

Dem Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium Gröber wurde am Dienstag durch den bisherigen Arbeitsminister Spruy mitgeteilt, daß der neue Minister, Stahlheim - Seidte, seinen Rücktritt wünsche. Darauf hat Gröber folgenden Entlassungsgehalt eingereicht:
„Herr Minister! Sie haben mir durch Herrn Spruy sagen lassen, daß Sie meinen Rücktritt wünschen. Da hierzu nach meine Dienste in der Sozialpolitik von der neuen Regierung nicht mehr gewünscht werden, bitte ich hiermit um meine Entlassung.“

Kein anderer als Hugenberg. Er, der Erzreaktionär, der Führer der Scharfmacher, will allein über Lohn und Brot der Arbeiter verfügen.

Der neue Reichsarbeitsminister ist ein bejahrter Mann. Ihm genügen der Ausbau des Arbeitsgebietes und die Jugendberufshilfe. Aber Herr Seidte kommt ja vom Stahlheim, und für den Bestand von jeder die ganze Rettung Deutschlands nur in der Schöpfung der

Schon wittern die Scharfmacher Morgenschlupf. Die Kündung des Manteltariffs und der Lohnordnung des Ruhrbergbaus durch die Jochenherren spricht Bände.

Die Millionen der Schwerindustrie sollen sich jetzt bespaßt machen. Die Jünger brandt sich natürlich hierfür nicht perfidius zu bemerken. Die Erfüllung der Wünsche der Scharfmacher - das wird Hugenberg befohlen.
Die Ruhrkämpfe rufen zu einem Großangriff, und bei diesem Vorstoß der Jugendgewaltigen wird es nicht bleiben. Es werden no soziale sich melden, die sich einbilden, jetzt der Arbeiterschaft den Damm ins Auge drücken zu können. Allen die Gewerkschaften und mit ihnen die politischen Arbeiterorganisationen legen den neuen Gefahren mit Kaltblütigkeit und eiserner Kampfesfähigkeit entgegen. Die Arbeiterbewegung hat schon so manchen Soldat kommen - und fallen lassen. Sie wird das Hitler-Kabinett bestimmi überleben; denn mit ihr kämpft das Rechtsgesetz des Volkes, mit ihr kämpft die Zeit.
Der große Kampf um die Befreiung der Arbeiter muss angedauert, aber nicht unabhüllig gemacht werden. Jeder als fest gebundener Helm, mit denen Herr Seidte, der neue Reichsarbeitsminister, den Arbeitern gedroht hat, ist die Festigkeit der Herzen, die für eine gute Sache, die für die Freiheit kämpfen.

Die Stimme der freien Gewerkschaften Kaltblütigkeit und Zuversicht!

Der Bundesausschuß des ADGB, nahm am Dienstag zur neuen politischen Lage Stellung. Die Spitzenorganisation der Gewerkschaften hatten sich am Sonntag und Montag wiederholt bemüht, beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um im Sinne ihrer in diesen Tagen veröffentlichten Forderungen auf ihn einzuwirken. Geben sie sich, da der Reichspräsident nicht in der Lage war, die Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen.

Die Arbeiterchaft wird mehr als je auf ihre eigene Kraft angewiesen sein. Grafmann ergänzte den Bericht Beiprats durch Ausführungen über die vorliegenden Möglichkeiten der politischen Entwicklung. Alles kommt auf die Geschlossenheit der Organisationen, auf die Erhaltung und den Ausbau einer einheitlichen Front der Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften an. Dieser Gedanke ist auch bestimmend für die Haltung der Gewerkschaften gegenüber jeder Partei, die sich etwa das Recht zur Führung gemeinschaftlicher Aktionen anmaßern sollte.

SA. als Raubmörder Vor dem Stettiner Schwurgericht

Stettin, 31. Januar.
Am Dienstag begann vor dem Stettiner Schwurgericht der Prozeß gegen die vier der SA. angehörenden Raubmörder, die am letzten Tage des vergangenen Jahres den deutschen Nationalen Rittergutsbesitzer Steinicke auf dem Gute Stretsoff im Kreise Randow bei Stettin erschossen und ausgeplündert haben. Die Verbrechen haben einige Monate zuvor, angeführt von SA-Führern, die Pötelowben auf das Besitzgut des sozialdemokratischen „Wolfsboten“ in Stettin geschahen.
Angeklagt sind der 36jährige Hermann Köhler, der 33jährige Dreher Gustav Duchateau, der 29 Jahre alte Schüler Friedrich Bruns und der 27jährige Johannes Schütz, sämtlich aus Stettin. Mitangeklagt ist die Frau des Hauptangeklagten Köhler. Die Anklage lautet auf Raubmord und wird vom Oberstaatsanwalt Trost-Stettin vertreten.

Beiprat erinnerte an den Briefwechsel des Reichspräsidenten mit Hitler vor wenigen Monaten. Am November schickte Hindenburg es ab, Hitler ein Präzisionsabmett anzuvertrauen. Er stellte ihm vielmehr damals strengere Bedingungen als jemals einem früheren Kanzlerkandidaten. Er verlangte von ihm, daß er seine parlamentarische Rechtheit nachweise, wenn er auf die Kanzlerchaft Anspruch erhebe. Seit vor hieron keine Rede mehr. Hitler hat damals erklärt, er halte es für notwendig, daß der deutsche Kanzler in dieser Zeit die Aufgabe habe, für eine zeitlich fixierte und materiell begrenzte Aufgabe sich eine Ermächtigung vom Parlament zu verschaffen. Bekanntlich ist schon gestern von dem Gehobten an ein solches Ermächtigungsgehalt geredet worden.

Die Aussprache ergab in eintrachtvoller Weise die einstimmige Uebereinstimmung aller Verbandsvertreter mit der Haltung, die der Bundesausschuß in diesen entscheidungsschweren Tagen eingenommen hat.
Beiprat sagte die Aussprache zusammen. Keine deutsche Regierung wird die deutsche Arbeiterschaft und ihre Organisationen überbittigen können, weil für ihren Geist nicht unterdrücken kann. Es wird auch dieser Regierung nicht gelingen.

Zunächst wurde der Angeklagte Gustav Duchateau verhört. Vor: „Waren Sie politisch organisiert?“ Angekl.: „Ja, in der NSDAP.“ Vor: „Wo lernten Sie den Hauptangeklagten Köhler kennen?“ Angekl.: „In der SA.“ Vor: „Mit Köhler zusammen waren Sie dann auch an dem Bombenattentat auf den sozialdemokratischen „Wolfsboten“ beteiligt?“ Angekl.: „Ich wurde von der Nationalsozialistischen Partei zunächst in ein Boot und dann nach Dessau geföhrt. Später kam ich nach Stettin zurück.“

Was von dieser Regierung sozialpolitisch zu erwarten ist, zeigt das Verhalten des Reichsarbeitsministers, zeigen die laischen Ungruppierungen im Reichsarbeitsministerium und im neugebildeten Reichswirtschaftsministerium. Auch die Haltung gegenüber einer Personlichkeit wie dem Staatssekretär Gröber, läßt die innere Einstellung des neuen Arbeitsministers klar erkennen.

Neuwahlen in Preußen Sonabend Auflösung des Landtages

Der Preussische Landtag dürfte am kommenden Sonabend aufgelöst werden. Es liegt ein Auflösungsantrag der Nazis vor, für den sich auch SPD, und KPD, einsetzen werden. Damit ist die notwendige Mehrheit auf alle Fälle gesichert. Neuwahlen in Preußen sind somit so gut wie sicher.

Der Ostpreussische Steinicke ist alsobald nach der Tat im Kranenpavillon gestorben. Die Angeklagten gingen nach der Aufteilung der Beute jeleinhüben ihrem Vergnügen nach. Sie feierten in einer SA-Kneipe bis spät in die Nacht einleitend.
Köhler, Brauns und Duchateau sind erheblich vorbestraft; Köhler wegen Einbruchdiebstahls r y einer einjährigen Zuchthausstrafe.

Die Einordnung der Tarifabteilung im Reichsministerium Hugenberg läßt keine Zweifel, wozu der Kurs geht. Keine staatliche Sozialpolitik, vielmehr auf seine Schlichtung mehr, selbst nicht in dem jetzt schon entarteten Sinne! Auf anderen Gebieten des Tarifrechts wird die gewerkschaftliche Haltung des neuen Mannes bald genug hervorreten.

Auge um Auge

Etwa 12 Rationalsozialisten überfielen gestern abend nach einem Festzug in Halle den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Peter, der durch einen Sitzungsangriff verletzt wurde. Einer der Nazis wurde von einem Reichsbannermann, der Reber begleitete, in der Abwehr niedergeschlagen. Er ist noch in der Reagie gestorben.

Selbte hat dieses Entlassungsgehalt sofort verlangt. Er wünschte es am Dienstag, solange er noch im Reichsarbeitsministerium weilte. Es springt die Hitler-Regierung mit einem verdienten Beamteten um. Sie hat nicht einmal das Bedürfnis, die gewöhnlichen Anstandsregeln zu wahren

bequem. Nun ist's so weit: die letzte Raubtate ist überflüssig. Woju also noch viel Ausberouftendem Volk?

Der Nationalsozialist Arm in Arm mit den Nationalkapitalisten - Hitler und Hugenberg fordern zusammen das Jahrhundert in die Schranken

Der Mann, der Deutschland erschauern wollte, der vor allem der Jugend ein neues Reich verpfligt, Arm in Arm mit den Zwillingen, mit den Schindlerern einer unter der Erde liegenden Zeit. Der bräune Messias, der vom Boden bis an die Nordsee alles versprochen hat, der ganz besonders den Hungerigen Arbeit und Brot versprochen, Arm in Arm mit dem schwarzweißen Zeitungsdröck, mit der Schwelgere des Kaiserjohanns der „feinen Leute“!
„Was ist die Reize gehen?“ „Die Regierung“, so sagen die Stahlheimorgane, „wird eine Regierung des inneren Friedens und der Ausöhnung der Gegensätze sein müssen, die die Widersprechenden zum Dienst an Staat und Volk zurückführt und die gesammelte Kraft der ganzen Nation in den Dienst der äußeren Ziele stellt.“

Die „Versöhnung“ beginnt mit einem Abbau der Sozialpolitik

Die aufbauwilligen Kräfte werden für den Abbau alles dessen eingepannt, was die Republik in den letzten Jahren der Nachkriegszeit unter unzähligen Mühen und Anstrengungen für den Arbeiter und Angestellten, für den Bauern, für den kleinen Bauern - für den kleinen Mann geschaffen - bezwungen hat, die wissen, wo für der Song drückt, wirtschafts- und sozialpolitisch aufgebaut hat.

Der Abbau des sozialen Ausbaus der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



Druck von außen einigte sie

Die Nazi-Koalition mit den „feinen Leuten“ — ein Angstprodukt!

Die Hitler-Regierung ist kein Produkt der Verbündigung unter den Fürorgern. Sie ist ein Produkt der Angst und Verlegenheit, wie die Hugenberg-Bresse am Dienstagabend ausfindig befähigt. Sie schreibt: „An den politischen Erörterungen spielen auch Gerüchte eine Rolle, die zuerst ihren Ausdruck in der englischen Presse, und zwar im „Daily Express“, gefunden haben, die aber auch von Reuters verbreitet worden sind. Sie beziehen sich auf eine angebliche Aufschubfrist der Reichsregierung, die Potsdamer Garnison bereits gemessen wäre, sich an der Errichtung einer Militärregierung in Berlin, etwa loge gegen den Willen des Reichspräsidenten, zu beteiligen. In der Wilhelmstraße wird zu diesen Aufschüben erklärt, daß

alle beteiligten Stellen bis zum Reichspräsidenten von diesen Dingen nichts wüßten. Dieses Dementi bezieht sich offenbar auf die amtliche Kenntnisnahme der beteiligten Persönlichkeiten von dem Gerücht.

Zuletzt haben gewisse Zeitsträger, die bei früheren vergeblichen Versuchen einer Stabilisierung eine nicht gerade rühmliche Rolle gespielt haben, unter irgendwelchen Willen Vorstellungen im Laufe der Nacht vom Sonntag zum Montag Aufschub vorbereitet, als ob man eine Militärregierung errichten und dafür auch die Verantwortlichkeit des Generals von Schleicher einstellen könne. Diese Zeitsträger haben sich bemüht, bei einigen Stellen für ihre Idee Boden zu gewinnen.

Das hat dazu geführt, daß einige an der Kabinettsbildung beteiligte Persönlichkeiten um so eher die Notwendigkeit des Zusammenstufes der nationalen Bewegung und der Zusammenarbeit der nationalen Be-

wegung mit dem Reichspräsidenten erkannten.

Die Verhandlungen über gewisse grundsätzliche Fragen, die noch schwebend waren, abgeklärt, so daß die Bildung des Kabinetts am Montagmorgen vollzogen werden konnte. Soweit die Hugenberg-Bresse ist verweigert, daß Hitler am Sonntagabend bereits einen Aufschubbrief an Papen geschrieben habe, daß Papen, als ihm die Gegenaktion militärischer Kräfte, die mit seiner Verhaftung beginnen sollte, bekannt geworden war, den Reichspräsidenten dringend um eine Unterbrechung in Gegenwart von Hitler und Hugenberg ersuchte, und dann eine ähnliche Botschaft an den Hindenburg festschickte, hat, in der der Grund zu der überraschenden Entscheidung der Regierung gelegt wurde. Es war nicht lastige Lieberer-Klammern, es war die Angst vor anderen Kräften, die bei der Geburt der Hitler-Regierung Laupate gefunden hat. Aber es geht zu Herrn Hitler und seiner Bewegung, daß er am Montag, was er noch am Sonnabend für unmöglich hielt.

Eiserne Front steht fest!

Erklärungen im Parteiausschuß

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand am Dienstagvormittag eine Sitzung abgehalten, um zu der durch die Ernennung des Kabinetts Hitler-Papen-Hugenberg geschaffenen politischen Lage Stellung zu nehmen. An der Sitzung nahmen auch die Vertreter der Eisernen Front sowie die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichslegation teil.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichslegation, Genosse Breilich, wies darauf hin, daß seit dem geflüchteten Roten ein vollkommener neuer politischer Lage in Deutschland geschaffen worden ist. Die Führer der sogenannten autoritären Regierungen haben die Autorität dahin verstanden, daß sie im Sinne einer reaktionären Politik nutzbar gemacht werden müsse. Sie wandten sich gegen die Träger der Demokratie und stützten sich auf die Parteien der Reaktion. Aber weder Papen noch Schleicher ist es gelungen die Nationalsozialisten völlig für sich zu gewinnen. Trotzdem haben sie sich nicht gegen sie gewandt, weil sie in ihnen ein starkes Gegengewicht gegen die Kräfte der Demokratie und gegen den Parlamentarismus sahen, den sie im besten Falle nur als Defenslinie beibehalten wollten. Die Folge dieses Verhaltens war, daß nicht alle reaktionären Schichten gegen das Kabinett Schleicher wandten, weil ihnen Kurs gegen die Arbeiterkraft noch nicht klar genug war. Die Arbeit, Herrn von Papen wieder an die Spitze der Regierung zu stellen, war unmöglich geworden, da er auf allgemeinen Widerstand gestoßen wäre. Als letzter Trumpf blieb nur Hitler im Spiel.

Seit jenseits der die Anhänger Hitlers darüber, weil ihr Führer jenseits sein Ziel erreicht hat. Es kann sein, daß dieser Jubel bald in Apathie umschlagen wird, wenn die nationalsozialistische Weltanschauung erst deutlich erscheint, in welche enge Verbindung und Abhängigkeit Hitler zu den Vertretern des Großkapitals und der Junker, zu allen Kräften des alten reaktionären Systems geraten ist.

Aber die Arbeiterkraft vertraut nicht darauf, daß, wie eine reaktionäre Zeitung übergeben hat, den Anhängern Hitlers bald die Augen übergehen werden. Sondern sie steht bereit, um den Abwehrkampf gegen alle reaktionären Bestrebungen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu führen. Unsere Opposition gegen das neue Kabinett ist eine Selbstverständlichkeit, die Forderung hat auch bereits einen Mitbewerbsantrag eingereicht. Die Frage wird aber an uns gestellt: Was zu ihr herüber hinaus, welche Aktionen wollen wir einleiten, zu welchem Ziele sollen sie führen? Die Sozialdemokratie hat die Antwort auf diese Fragen mit der Erklärung gegeben, die durch die Presse als Zusatz verbreitet worden ist.

Wir wiederholen, daß wir uns die Taktik nicht von unserem Gegner vorschreiben lassen, sondern selber darüber bestimmen werden, wann und wie wir unsere Kräfte einzuheben haben. Wir alle haben den Wunsch, in diesem Kampfe in einem guten Verhältnis zu den kommunistischen Arbeitern zu stehen. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus ist in einen neuen Abschnitt getreten. Unser aller Wunsch wäre, daß damit auch

ein neuer Abschnitt in unserem Verhältnis zur kommunistischen Partei beginnen könnte. Ob das möglich ist, hängt jedoch vom Verhalten der Kommunisten ab.

Bei alledem muß die Arbeiterkraft sich dessen bewußt sein, daß wir nunmehr in eine Phase des Kampfes in seiner reinen Form eingetreten sind. Wenn die jetzige Karte in dem Spiel der Reaktion nicht führt, dann kann nichts anderes kommen als eine Situation, in der die Arbeiterkraft, das entscheidende Wort spricht. Für diese Entscheidungsbereitschaft gilt es, die Kräfte des arbeitenden Volkes zu sammeln, damit sie in geschlossener Front in allen uns bevorstehenden Kämpfen eingestuft werden können.

Die Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeiter und Angestellten, Graßmann und Stehr, erklärten sich ausdrücklich solidarisch mit allen Maßnahmen, die in der nächsten Zeit zu ergreifen wären. „Wenn ihr ruft, sind wir da!“ Die Vertreter der Gewerkschaften, Bildung, des Reichsrotarbeits, Hitler und den Verbunden gleichfalls erneut ihren Willen, entschlossen zur Eisernen Front zu stehen. Mit beglückenden Schlußworten der Parteivorstandes Bogel und Crispian, die von der Kampfbereitschaft der gesamten deutschen Arbeiterklasse Zeugnis ablegten schloß die von Verlicht und Kampfreude getragene Sitzung.

Fried und die Länder

Der nationalsozialistische Reichsminister des Innern Dr. Fried versicherte am Dienstag vor dem Reichstag, daß er „vertrauensvoll mit den Ländern zusammenarbeiten“ wolle. Hitler werde dem Reichstag am Donnerstag vorstehen.

Kapitalistensturm auf die Reichsbank

Sie fordern Luthers Kopf / Trost für das Ausland / „Nationaler“ Drang nach Inflation

Die größte Sorge der Regierung Hitler-Hugenberg-Papen gilt den ausländischen Kapitalisten, die ihre in Deutschland angelegten Gelder durch die neue Herrschaft bedroht glauben. Um sie zu beruhigen zu erhalten, hat Herr Dr. Fried nicht nur am Montag vor den Vertretern der ausländischen Presse, sondern auch am Dienstag nochmals versichert, daß die Regierung Experimente währungspolitischer Art nicht beabsichtigt. Zum gleichen Zweck wird auch versichert, daß ein Wechsel in der Leitung der Reichsbank „im Augenblick“ nicht aktuell sei. Aber diese offiziöse Darstellung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß hinter den Kulissen ein scharfer Kampf entbrannt ist, der die tiefen Gegensätze in der neuen Regierung auf einem der wichtigsten Gebiete erkennen läßt.

Luthers Gegner sind zahlreich. Sie

haben im Kreise der großkapitalistischen Schuldner, die sich auf billige Weise durch eine neue Inflation von leichtsinnig eingegangenen Verpflichtungen brücken wollen. Bezeichnend für die Schwärze der Attacke gegen Luther ist ein Artikel der Berliner „Deutschen Zeitung“.

„Luther ist ein Mann der Goldwährung und der internationalen Währungsverbundenheit. Er ist der Mann, der vornehmlich in der Ausführung die Rettung der deutschen Wirtschaft sucht. Er ist der Mann zweier Verhandlungen, der sich vor Laten scheut. Er ist der Exponent der international ausgerichteten Wirtschaftspolitik.“

Deshalb verlangt die „Deutsche Zeitung“ Fort mit Luther! Fort mit Luther — das ist die leitende Gedankensache für die Forderungen: Her mit der Inflation! Her mit der Liebesgabenpolitik für Großgrundbesitzer und der Ausbeutung der Verbraucher!

Kein Zweifel, daß die „Deutsche Zeitung“ die wahre Absicht der für die Regierungspolitik maßgebenden großkapitalistischen Kräfte darstellt. Der Sturm auf die Reichsbank hat begonnen. Auch sie soll lediglich willenloses Werkzeug großkapitalistischer Interessen sein.

Infolge an eine mit hysterischen Reden ausgefüllte Protestkundgebung gegen Dehordenaußtritt, die sich speziell gegen den „berühmtesten Universitätslehrer Harard“ wandte, kürzten sich die Nazis Studenten auf einige ihrer höchsten Kommissarien, verprügelten sie und jagten dann die Böse, um hier gegen die „Börsenjuden“ zu demonstrieren.

Grüchner geisteskrank?

Ausfluß des Preußenlandtags läßt ihn unteruchen

Der Hauptausfluß des Preußischen Landtags beschloß am Dienstag, gemäß einem sozialdemokratischen Antrag, den nationalsozialistischen Senatspräsidenten des Oberverwaltungsorgans Grüchner auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Sollte Grüchner für unzurechnungsfähig erklärt werden, so soll er unter Aufsicht wegen falscher Anschuldigungen gestellt bzw. von seinem Posten entfernt werden.

Grüchner hat einen Kammergerichtsrat Fränkel ohne jeden politischen Grund der Rechtsabteilung in einer störenden Weise beistellt, später aber diesen Vorwurf de- und wehrmäßig zurückgenommen. Jedoch unmittelbar darauf gegen Fränkel Strafanzeige wegen Rechtsbeugung erstattet. Die Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen Fränkel abgelehnt.

Nazistudenten werden frecher

Hitlers Kanzlererschaft ermuntert sie

Wreslau, 31. Januar. Die reaktionären Studentenverbände, die nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler anheulend den Ruf zum Abwaschen geföhrt haben, veranstalteten am Dienstag auf dem Universitätsplatz in Breslau eine Demonstration.

Einige Studentenverbände verhielten an einem Portal des Universitätsgebäudes die Hakenkreuzfahne anzubringen. Die Fahne wurde jedoch sofort wieder entfernt. Am Focherbrunnen vor der Universität wurden mehrere Ansprachen gehalten, in denen sich die Führer der Nazistudenten in unerhörten Zusätzen ergingen. Eine Abordnung der randalierenden Studenten trug dem Rektor die Forderungen der Nazistudenten vor. Die Studenten verlangten sofortige Unterbrechung der Lehrtätigkeit von Professor Dr. Cohn bis zur endgültigen Entschcheidung durch den neuen preußischen Kultusminister, außerdem wurde Zurückziehung der Kriminalbeamten aus dem Universitätsgebäude und Rückgängigmachung der sämtlich vom Disziplinarrat ausgesprochenen Relegation eines Nazistudenten gefordert.

Die Verhandlungen mit dem Rektor brachten nicht das von den Nazistudenten erhoffte Ergebnis. Der Rektor lagte lediglich die Entfernung der Polizeibeamten aus der Universität zu und verweigerte die Relegation wegen der Forderung auf Unterbrechung der Vorlesungen Cohns an die juristische Fakultät. Die Aufhebung der Relegation könne nur auf Grund

eines Gnadengebühres erfolgen, das der verurteilte Student erreichen müsse. Eine Rücknahme des Urteils ist juristisch nicht haltbar.

Razifraß

Mitglieder des Berliner Nationalsozialistischen Studentenbundes ließen sich am Dienstag hundert Anschuldigungen zukommen. Im

Blutvergießen in Breslau

Am Dienstag / Ein Toter und sechs Schwerververletzte

Breslau, 31. Januar. In Breslau wurden am Dienstag mittags bei Zusammenstoß eine Person getötet und sechs Personen schwer verletzt. Der erste Zusammenstoß ereignete sich gegen 12 Uhr mittags während eines nationalsozialistischen Umzugs in der Gartenstraße. Es kam zu einem Handgemenge mit Kommunisten. Ein SA-Mann erhielt einen Stich in die Brust, er mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Ferner trug ein Nationalsozialist Stichverletzungen am Kopf davon. Drei Angehörige der SPD wurden festgenommen.

Einige Zeit später ereignete ein zweiter, weitfolgender Zusammenstoß in der Ritterstraße, im proletarischen Westen Breslaus. Ein überwiegend

aus Kommunisten zusammengesetzter Erwerbslosen-Demonstrationszug, dessen Teilnehmer Sprechbänke gegen Hitler bildeten und angeblich verbotene Zeichen trugen, wurde von der Polizei aufgegriffen. Während die Massen vor den rückwärts mit dem Gummiknüppel vorgehenden Polizeibeamten flüchteten, schlugen einige kommunistische Demonstranten die Schaulustigen eines SA-Kaufmanns ein und riefen die im Laden befindlichen Auslagen auf der Straße. Daraufhin machten die Beamten von der Schußwaffe Gebrauch. Vier Demonstranten wurden getroffen und mußten mit schweren Verletzungen ins Hospital gebracht werden. Außerdem wurde ein völlig unbeteiligter Mann, der 34jährige Steinleher Max Bannar, der mit der Sozialdemokratischen Partei sympathisierte, erschossen.

Auswendig lernen und weiter sagen!

Die feinen Leute

Joseph Goebbels über den Vizekanzler Hitlers

Am 6. September 1932 veröffentlichte Dr. Joseph Goebbels im „Angriff“ unter der Überschrift: „Die feinen Leute“ jenen bekannten heftigen Schmähartikel gegen Franz v. Papen, der sich auf dem breiten Rücken der Nationalsozialisten hinter-rück in die Amtlichkeit geschwungen hätte:

„Wir sollten den Dreck wegfehen, und sie traten dann geschneigt und gebügelt als vornehme Kavaliere und etwas breitstelig und leicht ange doft in die gute deutsche Stube... Gibt es etwas Unanständigeres als diese politische Erbschleicherei? Kann man sich etwas Gemeineres denken, als andere die Arbeit tun lassen und sich dann selbst ins gemachte Bett hineinlegen?“

Der Artikel versicherte dann dem Kabinett Papen, daß es im Volke bei jeder Sympathie sei; das Volk wolle nicht die Herrschaft der feinen Leute.

Mit diesen „feinen Leuten“ sitzt Hitler heute in einer Regierung!



Die gebratenen Tauben kommen

Nun ist also Adolf Hitler Reichstanzler geworden. Millionen Deutschen (unter ihnen auch viele berittene Proletariat) ermahnen von ihm, daß er ihre wirtschaftliche Lage verbessern soll.

Der Hauswirt, der Hitler gewähnt hat, ermahnt, daß die Mieten so hoch werden, daß er kein Haus wieder einziehen kann und dabei doch noch ein wenig überleben möchte. Hausbesitzer soll wieder ein einträglicher Beruf werden. Der Mieter, der Hitler gewähnt hat, ermahnt aber, daß die Mieten auf die Hälfte herabgesetzt werden, denn er meint, daß sein Lohn so niedrig geworden ist, daß er kaum noch die Hälfte Miete bezahlen kann.

Der Geschäftsmann (und welcher Geschäftsmann hätte nicht Hitler gewähnt?) erwartet, daß sich die Umsätze seines Geschäfts schon in kurzer Zeit verdoppeln und daß er von seinem anfänglichen Ueberfluß wieder eine schöne Ueberreste machen kann. Auch ein Auto möchte er haben. Außerdem ermahnt er, daß die Steuern auf die Hälfte herabgesetzt werden.

Der Unternehmer erwartet, daß die Gehälter seiner Angestellten und Arbeiter gedrückt werden und daß er keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mehr zu bezahlen braucht. Der Arbeiter erwartet, daß sich seine Lohn verdoppelt.

Der Nazi-Emwerblase hofft, daß sich seine Unterfertigung erhöht, während der Nazi-Arbeitgeber hofft, von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung befreit zu werden.

Der Nazi-Bauer will hohe Preise für seine Erzeugnisse haben und der fähigste Bauerwucherer will wenig für landwirtschaftliche Produkte bezahlen.

Wie alle, die Adolf Hitler gewähnt haben, glauben an ihren Vorteil. Sie alle erwarten die gebratenen Tauben und stehen mit offenem Mund da. Sie alle ermahnen ihn, weil sie alle jahrelang „Heil“ gebüllt haben.

Wir fürchten, daß sie sich alle von Herrn Hitler und der ihm ihm nachfolgenden Wundertat eine falsche Vorstellung gemacht und die Selbsttäuschung vergeblich herausgestellt haben.

Für sein Unglück auch noch bestraft

Am 25. November vorigen Jahres ereignete sich in der Zachowstraße in Halle bei der Einfahrt in die Schulzeintrasse ein schwerer Motorcabuffall, der ein Todesopfer forderte. Der 35jährige Arbeiter Hermann Weiphal aus Schraplau fuhr mit der Straßenbahn zu schnell, wobei seine auf dem Sozius sitzende Ehefrau auf die Straße geschleudert wurde und einen Schädelbruch erlitt. Der Tod trat alsbald ein. Hi bei Mann schon durch diesen Verlust schwer getraut, so hatte er sich obendrein auch noch von dem böllischen Schöffengericht zu verantworten. Die Verhandlung erachtete sein eigenes Verschulden bei dem Unfall. Das Gericht verurteilte ihn daher zu 2 Monaten Gefängnis, doch erlachte es auf Straflosigkeit.

Er muß zahlen! Der Diplomingenieur Martin Brunhoff aus Halle fuhr am 1. Oktober in der Zachowstraße beim Ueberfahren einer Straßenbahn mit seinem Auto einen 35jährigen Mann an, so daß er verletzt wurde. Der alte Mann ist am 13. Januar an den Folgen des Sturzes gestorben. Wegen jahrlängiger Forderung hatte sich der Ingenieur vor dem Schöffengericht zu verantworten. In sich war eine Gefängnisstrafe von 1 Monat demüht. Da er aber, wie er unglücklicherweise ein jährliches Einkommen von 10 000 Mk. verfügt, wurde diese Strafe in Geld umgewandelt. Er darf jetzt die notleidende Staatskasse mit 450 Mk. anfüllen helfen.

„Autoritäre“ Kommunalpolitik

Der Bürgerblock beschließt die Gemeindefinanzordnung

Die für gestern abend 8 Uhr einberufene außerordentliche Stadtratsversammlung war nur von kurzer Dauer. In einer Dreiviertelstunde wurde die zweite Lesung der Gemeindefinanzordnung durchgeführt und die Vorlage entsprechend dem Willen des Rathaus-Bürgerblocks verabschiedet. 28 Bürgerblockmitglieder für die Annahme, die Sozialdemokraten, Kommunisten, Nazis und ein weißer Rabe unter den Bürgerblöcken dagegen.

In Beginn der Sitzung sprach noch einmal Dr. Hirsch, er gab dabei entgegen seinen vorzeitigen Ausführungen zu, daß die Vorlage doch auch eine ganze Reihe Bestimmungen enthalte, die die Rechte der Stadtratsmitglieder einengen. Das hinderte ihn aber trotzdem nicht, sich für die Annahme auszusprechen. Der Kommunist Scheinle erklärte in der Finanzordnung einen weiteren Schritt in der Festsetzung des Staatsapparates. Damit hat er nicht so ganz unrecht.

Selbst aber wagt er, daß gerade die unheimliche Politik einer Partei die Hauptschuld an dieser gefährlichen Entscheidung trägt. Heute die SPD, nicht die Arbeitsfähigkeits- und die Parlamentarier sind die Hauptverantwortlichen. Sie haben die Verantwortlichkeit auf sich genommen.

Am Auftrage der SPD-Fraktion beschloß sich Genosse Albert Müller noch einmal mit den Ausführungen des Oberbürgermeisters

aus der vorherigen Sitzung. Der Oberbürgermeister habe die Sache lediglich vom Verwaltungspunkt. Die sozialdemokratische Fraktion erhebe gegen die Einschränkung der Bevölkerung erneut stärksten Einspruch.

Stadtrat May erwiderte bei der Verabschiedung der Finanzordnung dem Magistrat zugleich die Ermächtigung zu erteilen, daß er in die Ratifizierung der Bestimmungen einarbeiten könne, die sich bei einer eventuellen neuen Ratifizierung des Stadtrates oder der Provinz Stadten notwendig machen. Stadtrat May wurde bei seinen Ausführungen bause von kommunalistischen Zusätzlichen unterbrochen. Auch der erneut das Wort ergreifende Dr. Hirsch wurde von den Kommunisten jetzt mit einer Flut von Zusätzen und Beispielen bedacht, so daß es wiederholte Ordnungsrufe gab. Der Ratsrat der Kommunisten steigerte sich, als plötzlich noch der Stadtratsmitglied Dr. Starke den Saal betrat. Wegen seines Beschlusses hatte man sich schon im Bürgerblock Sorge gemacht, denn er war zur Abstimmung notwendig. Die Verhandlungen liefen zuletzt auf eine registrierte Zweipartei zwischen Dr. Hirsch mit den Kommunisten hinaus. Es gab auch erst noch einige Geschäftsordnungs-Erklärungen, ehe die Abstimmung erfolgen konnte. Ein kommunalistischer Antrag auf namentliche Abstimmung fand dabei nicht die genügende Unterstützung. Die Annahme der Vorlage erfolgte mit der von Stadtrat May beantragten Ermächtigung für den Magistrat.

Morgen, Donnerstag, abend 8 Uhr, spricht in einer Mitglieder-versammlung der SPD.

Dr. Paul Szende, Paris

der erste Finanzminister der ungarischen Revolutionsregierung, über Wandlungen des Klassenkampfes in der Weltkrie

Außerdem wird Genosse Dr. Paul Hertz in einem Referat zu den politischen Ereignissen der letzten Tage Stellung nehmen. — Mitglieder als Ausweise mitbringen. Gäste können eingeführt werden.

Noch nicht erwartet?

Der „Klassenkampf“ und die Nazi-Ueberfälle

Ueber die heutigen Ausführungen der Hitler-Jobalolen in der Nacht nach Hitlers Ernennung zum Reichstanzler gab Eugenewegs Telegrammen-Linien einen Bericht heraus, der die Tatsachen völlig entstellt. Darin war die Rede davon, daß die „Beteiligten“ an der Schlächtere auf dem Ansbach „sich sämtlich mit Selbstbeinen, Worten und unheimlichen“ waren. Damit stellte man ins Belieben des Lesers zu glauben, die Kommunisten seien durchweg bewußt gewesen und rügen die Schuld an der Schlächtere. Tatsächlich handelt es sich aber um einen planmäßigen Ueberfall der entsetzlichen Nazi-Horden, die in juristischer Weise in dem Vokal von Bögel haften. Die Kommunisten waren von dem Ueberfall vollkommen überrascht. Nicht viel anders behandelt das bolschewistische Telegrammen-Büro die Nazi-Tat. Der „Klassenkampf“ begnügt sich mit der

Wiedergabe dieses Berichtes, um seine Leser über die Ausführungen der Hitler-Garden zu unterrichten. Die Herren in der Berchensidstraße haben sich angeheime noch nicht auf die Tatsache eingestellt, denen es jetzt ins Auge zu sehen gilt. Sie leben wohl immer noch in ihrem Selbstzufriedensein der Verdrückung mit den „Violeten der SA.“ Sie leben wohl noch immer in der Anschauung, daß man den Sozialismus dadurch besiegt, daß man ihn an Nationalismus noch übertrumpft? Die Pflicht der kommunistischen Arbeiter ist es, ihre Führer, wenn sie noch immer in den Ansbachenden der letzten Wochen befangen sind (sollen wir nochmals an die Disziplinsversammlungen mit den Frauen erinnern?), ins Reich der juristischen Irreführung zurückzuführen!

Politische Parlamentarier sollen sich nach Mitteilung des Volksentscheides getrennt nicht ereignen haben. Das Ueberfallkommando mußte gegen 9 Uhr zur Schließung eines Striekes in einer Wirtschaft in der Großen Märkerstraße einziehen.

Funktionäre der Eisernen Front

Morgen, Donnerstag, um 18 Uhr findet im „Vollpart“ ein Appell aller Funktionäre der Eisernen Front statt. Zur Teilnahme verpflichtet sind alle Funktionäre der Organisationen, die der Eisernen Front angegeschlossen sind. Die Funktionärliste ist am Saaleingang vorzuhängen.

Erwerbslosen-Gemeinschaft der SPD.

Sitzung am Donnerstag, dem 2. Februar, fällt aus. Alle Genossen gehen abends 8 Uhr nach dem „Vollpart“ zur Versammlung, in der Dr. Paul Szende (Paris) spricht. Mittwoch 15 Uhr Einbürgerungsfeier des Genossen Werner.

Bater, Mutter, Arbeiter, Angestellter, Beamter! Rämpfe mit

Für Selbstfreiheit, gegen Schmarotz! am Sonntag, 4. Februar, 20 Uhr, im „Vollpart.“ (Siehe Anzeige am Freitag.)

Dr. Paul Szende

Der ungarische Genosse Dr. Paul Szende, der morgen, Donnerstag, in Halle über das Thema „Wandlungen des Klassenkampfes in der Weltkrie“ sprechen wird, ist unter den heutigen Parteigenossen längst nicht so bekannt, wie es seine geistige Bedeutung und seine wissenschaftlichen und praktischen Verdienste um die internationale Arbeiterbewegung rechtfertigen würden. Das liegt wohl daran, daß er als Lingar den größten Teil seiner schriftstellerischen Arbeiten in ungarischer Sprache verfaßt hat, die nur eine verhältnismäßig geringen Zahl von Codelesern genügt ist. In den letzten Jahren ist er durch seine ländliche Mitarbeit an sozialistischen Organen deutscher Junge bekanntgeworden.

Genosse Szende hat sich im besonderen mit der Erforschung eines Gebietes befaßt, das von der marxistischen Theorie bisher vernachlässigt worden ist. Der Marxismus hat erkannt, daß Ideen der Ausdruck gesellschaftlicher Interessen sind, aber es hat bisher noch an gründlichen Untersuchungen gefehlt, wie im Verlauf der Geschichte sich gesellschaftliche Interessen in Ideen umsetzen. Genosse Szende geht über diesen nicht nur mit tiefgründigsten, sondern auch mit umfassendsten Wissen ausgestatteten Köpfen der Sozialistischen Internationale. Seine intensive Beschäftigung auf den verschiedensten Gebieten der gesellschaftlichen Erkenntnis, auf dem Gebiet der Ökonomie, des Rechts, der Sozialphilosophie, der Philosophie und eine universelle Lebenskenntnis befähigen ihn, hinter der beschränkten Hülle der Ideologie das tiefe Gefühl der herrschenden Klasse zu erkennen. Ein umfassendes Werk „Verhüllung und Enthüllung“ zeigt auf, daß nicht nur die Ausnutzung ihrer materiellen Macht, sondern auch die geistliche Verhüllung ihrer Interessen ein wichtiges Mittel in der Hand der herrschenden Klasse ist, sich die Herrschaft zu erhalten und daß es zu den Aufgaben des um seine Befreiung kämpfenden Proletariats gehört, sich von dem Trug der täuschenden Verhüllung freizumachen und das Verhüllte zu enthüllen.

Genosse Szende war, als Autorität auf dem Gebiet der Finanzpolitik, Finanzminister in der ersten ungarischen Revolutionsregierung. Er lebt im Exil. In Halle redet er zum ersten Male, und es ist sein Zweck, daß sein Referat ein Erlebnis sein wird.

Die Zeppelin-Serie

von 264 gestochen scharfen Bromsilber-Fotos in Groß-Format enthält: Historische Aufnahmen der ersten Luftschiffe, nie veröffentlichte Kriegs-Bilder, Innen-Aufnahmen und herrliche Bilder der weltumspannenden Fahrten des »LZ 129«.

CLUB Deutschlands weitauß

besiegt 2/3 Pfg-Zigarette

Tauschzentrale: Bilderstelle Lohse, Dresden-A. 24, Nossener Straße Nr. 1

Mersburg

CPD. Unterbezirk Merseburg-Querfurt-Graßberg

Samstag, den 5. Februar, vormittags 10 Uhr, im "Neuen Schützenhaus" in Merseburg

Unterbezirkskonferenz. Tagesordnung: Jahresbericht. - Vorkonferenz. - Beschlüsse über Bezirks- und Kreisparteitag. - Bericht des Gewerkschafts- und Parteiführungsausschusses. - Anträge und Parteiführungsausschusses.

Die Einladungen und Mandate sind den Ortsvereinen bereits zugehört. Wir erwidern um vollständiges Erscheinen.

Der Unterbezirksvorstand

Dumfriesmänner im Jadeschloß

Um Ziele der "neuen Männer" in Berlin veranlaßte das sogenannte nationale Werkschutzgremium... Die Einladungen und Mandate sind den Ortsvereinen bereits zugehört.

Die Tätigkeit der Arbeiter-Samariter-Kolonnen

In der Dampferstation des Arbeiter-Samariter-Bundes, Kolonne Merseburg, erstattete der technische Leiter Bericht über die Tätigkeit der Kolonne im Jahre 1933. Folgende Zahlen bezeugen...

Die Nazis überflügelt

Was systematische und operativtätige Arbeit zu. In der Generalversammlung des CPD-Ortsvereins Seuna gab der 1. Vorsitzende den Tätigkeitsbericht für das Jahr 1932. Trotz der Wirtschaftskrise wurde eine rege Tätigkeit entfaltet...

Säuglings- und Mütterberatungsstellen

- Seuna: 27. Februar, 15 Uhr, in der Rinderbrennerei. Seuna: 18. Februar, 15 Uhr, in der Schule. Seuna: 7. Februar, 16 1/2 Uhr, in der Volkshaus Seuna für die Ortsstelle Seuna, Köthen. Seuna: 28. Februar, 15 Uhr, im Schloß. Seuna: 18. Februar, 16 1/2 Uhr, im Jadenbüschel. Seuna: 24. Februar, 15 Uhr, in der Schule.

Landgemeinden und Finanzordnung

Vertreter der SPD. und KPD. lehnen den Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht ab

Was wird mit dem Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung? Der zweite Vortrag über die neue Feuerlöschordnung wurde vom Kreisbrandmeister Herrn Geselein gehalten...

Arbeitsbeschaffungsprogramm. Von einem Vertreter des Kreises wurde Aufforderung gegeben, wie die Gemeinden die Einreichung von Anträgen zu behandeln haben. Hierbei gelte es sozialdemokratische Vertreter sehr scharf die Verteilungspunkte, die an den oberen Stellen vorgenommen wurden...

Wieder Linksfraktion im Schönefelder Stadtparlament

Schönfeld, den 31. Januar. Die erste Sitzung der Stadtverordneten im neuen Jahre fand wie üblich im Zeichen der Neuweihen. Wenn auch die aus den Sitzungen Flecker und Ulrich-Waller bestehende Opposition...

Kreis Querturt

Mütterberatungsstellen. Die Mütterberatungs- und Säuglingsberatungsstellen sind in den nachfolgenden Ortschaften des Bezirks Mählen an folgenden Tagen statt: Mählen: 9. und 23. Februar, 15 Uhr, in der Schule; Mählen: 2. Februar, 19 Uhr, im Gemeindehaus; Mählen: Mählen: 16. Februar, 14 Uhr, im Pfarrhaus; Mählen: 14. Februar, 14 Uhr, in der Schule; Mählen: 21. Februar, 15 Uhr, in der Schule; Mählen: 28. Februar, 14 Uhr, im Gemeindehaus.

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch (Stadt)

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

Kreis Weitzsch

Gründung einer neuen Reichsbanner-Ortsgruppe. Am 28. Januar fand in Rottitz die Gründung einer Reichsbanner-Ortsgruppe statt. Zur Gründung dieser waren die Ortsvereine Weitzsch, sowie der Ortsverein Weitzsch-Ost eingeladen...

